

# Berliner

# Volks-Zeitung

## Die Antwort eines Königs.

Der Papst hat die Reformatoren sowie die Fürsten, die der Reformation freundlich gesinnt waren, beschimpft. Überall hat man gegen die päpstlichen Worte Protest erhoben. Auch der König von Sachsen, der selbst Katholik ist, hat seine Zustimmung gegenüber den Grundsätzen offen und frei kundgetan. Hierzu eine geschichtliche Erinnerung: Papst Bonifatius VIII. sagte in einer Bulle von 1294: „Wir erklären, sagen, bestimmen und entscheiden hiermit, daß alle menschliche Kreatur dem Papst unterworfen sei, und daß man nicht fertig werden könne, ohne dies zu glauben.“ Dieser ungemessene Stolz mußte ihn sehr bald in feindliche Verbindung mit den weltlichen Monarchen bringen. Philipp IV. der Schöne, von Frankreich geriet mit Bonifatius auf das heftigste zusammen. Hierauf schrieb der Papst an Philipp: „Bischof Bonifatius an Philipp, König von Frankreich. Fürchte Gott und halte seine Gebote! Du sollst hiermit wissen, daß Du uns im Geistlichen und Weltlichen unterworfen bist. — Wer anders glaubt, den halten wir für einen Ketzer.“ Philipp war mit der Antwort nicht zufrieden und schrieb dem heiligen Vater: „Philipp, von Gottes Gnaden, König von Frankreich, an Bonifatius, der sich für den Papst erhebt, weitaus oberhalb seines Grades! Du sollst wissen, Christus, daß wir in weltlichen Dingen niemandem unterworfen sind. Unersprechende halten wir für Pöbel und Wahnsinnige.“ Das ist jetzt über 600 Jahre her. Man sieht, das Papst-tum hat sich in dieser Zeit nicht verändert.

## Der Papst hat nichts jurisdiktionales.

Eine von 2000 Evangelischen in Leipzig abgehaltene öffentliche Versammlung dankte dem Papste für sein Nützlichsein gegenüber den in der päpstlichen Enzyklika enthaltenen Angriffen und sprach in einer Resolution ihre tiefe Enttäuschung über die Schmachungen des Papstes aus, von denen er nicht ein Wort zurückgenommen habe, denn er spreche zwar kein Deutsch, aber die von ihm verurteilte Erziehung, nicht aber über seine Schmachungen aus. Diese unbeschränkte Zursache haben wir bei der Besprechung der „diplomatischen Aktion“ des Herrn v. Bethmann-Hollweg sofort festgestellt; trotzdem reden die regierungsfremden Blätter nach wie vor von einem „Erfolge“ der preussischen Regierung gegenüber dem Vatikan!

## Schnäffler und Denunzianten.

Eine Uebersetzung der evangelischen Gottesdienste durch katholische „Betrücker“ ist in Aussicht genommen. Es soll festgestellt werden, ob und wieviel die evangelischen Gemeinden trotz der Erklärung des Papstes zu der Enzyklika Gelegenheit nehmen, die Angelegenheit von der Kanzel herab zu behandeln und dabei den Tatsachen nicht entsprechende Angaben machen. (1) Das so genannte Material soll zu einem Bogen der gegen die evangelischen Bände dienen. In den katholischen Bänden und anderen Veranlassungen werden gegenwärtig für diesen „Uebersetzungsdienst“ Mühsalier genommen. Wenn die evangelischen Geistlichen die Erklärung des Papstes richtig und wahrheitsgemäß behandeln, so können sie gar nicht anders, als hervorzuheben, daß der Papst alle seine Verpflichtungen erfüllt erhalten hat und daß er nur sein Verhalten darüber erklärt hat, daß die Beschlüsse nicht richtig bindend werden dürfen. (Besondere auch die vorstehende Notiz: Der Papst hat nichts jurisdiktionales.)

## Keine Stichwahlparole!

Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Ihre Ausführungen in Nr. 278 und 274 Ihrer Zeitung betreffs Stichwahlparole der Freiwillichen kann auch ich aus meiner Vernehmung bestätigen. Während meiner langjährigen Tätigkeit für die Freiwilliche Partei hat die Parteiführung, wo sie es für angebracht hielt — bei einem Mandatskandidaten — sehr wohl die Direskoren für die Stichwahl gegeben. Selbst in Erinnerung ist mir noch die Besprechung von Eugen Richter selbst im Jahre 1908 im ersten massenhaften Wahlkreis (H. H. Homburg-Ilgen), wo die freiwilliche Partei sich am Tage vor der Stichwahl aufgelöst wurde, am anderen Tage für den Kandidaten des Zentrum, Herrn Müller, gegen den Sozialdemokraten Brühne zu stimmen. Die Folge waren Massenaustritte aus der freiwillichen Partei. Die freiwilliche Parteiführung beruht sich also nur dort auf das „Staat“, wo ihr die Parteimitglieder wegen ihrer konfessionellen Freunde peinlich ist.

## Nach ein Doppelmandat.

Wie wir hören, wird der derzeitige Göttinger Reichstagsabgeordnete Friedrich Wilhelm Göttinger (Fortschrittliche Volkspartei) bei den Neuwahlen des nächsten Jahres sich einer nochmaligen Kandidatur nicht weigern unterwerfen. Für ihn ist der Göttinger Justizrat Professor Dr. v. Siffert, der Vertreter Charlottenburg im Abgeordnetenhaus, als fortgeschrittlicher Kandidat in Aussicht genommen.

## „Grundlose Beunruhigung.“

Durch die Kreisblattpresse geht es in Berlin fabrikmäßig falscher Artikel, in dem unter Berufung auf die bekannte Note der Nordd. Allg. Ztg. über die nächste große Militärvorlage berichtet wird, von einer neuen großen Militärvorlage werde nach Ablauf des nächsten Jahres...

nicht die Rede sein. Es soll also abgewiegelt werden, und da ich den zukünftigen Stellen in Berlin das Kreisblattpublikum wohl das gläubigste zu sein. — Als Herr Wisman noch am Ruder war, ließ er einmal einen Redakteur beurteilen (es fielen drei Monate Gehalt für ihn ab), weil er eine Uebersetzung von 200 Millionen an neuen Steuern in Aussicht stellte. Hinterher, in der nachfolgenden Reichstagsperiode, wurden daraus über 300 Millionen! Wie wird die neue Militärvorlage aussehen!

## Ein internationaler Verband.

der Post- und Telegraphenbeamten. Der in Marseille abgehaltene Kongreß der Vereine der französischen Post- und Telegraphenangehörigen beauftragte, wie uns ein Telegramm aus Marseille meldet, einen Ausschuß, sich mit den ausländischen Postbeamtenvereinigungen in Verbindung zu setzen und eine internationale Konferenz für 1911 einzuberufen, die tagen für einen internationalen Verband der Post- und Telegraphenbeamten anzuorganisieren hätte. Dieser Verband soll sich unter anderem mit Dienstangelegenheiten, mit der Verbesserung der Stellung der Berufsbesitzer und der Frage eines internationalen Austausch von Postbeamten beschäftigen.

## Die französische Luftflotte.

Aus Paris wird berichtet: Auf einen Vorschlag, das der französische Verstoß gefest zu werden der Offiziere gab, hielt der Kriegsminister eine Rede, in der er ausführte, daß Aeroplane und lenkbare Luftschiffe nicht voneinander zu trennen seien. Nach seiner Ansicht werden die Fortschritte der Aeroplane zu Gebrauche führen, die vielleicht über die frühesten Träume hinausgehen. Die lenkbaren Luftschiffe hätten aber trotzdem ihre Rolle noch lange nicht ausgeübt. Frankreich müsse lenkbare Luftschiffe haben, die im Kriege wertvolle Dienste leisten könnten. Zahl der Unternehmung ist die Zeit als eine Angelegenheit eines jeden Frankreich nach einigen Monaten des Studiums mit der Durchführung eines Programms beginnen können, das die Kriegsverwaltung entscheiden weiter verfolge.

## Das Attentat auf den Landeschef von Bosnien.

Nach einem Telegramm aus Sarajewo haben die sofort eingeleiteten genauen Erhebungen bisher keinen Anhaltspunkt gegeben, der die Annahme rechtfertigt, daß dem in Sarajewo auf den Landeschef politische Mordtaten zugrunde liegen. Es habe festgestellt, daß der Attentäter Serbische seinen Mitbürgern hatte. Nach dem Ergebnis der Untersuchung ist die Tat als eine Angelegenheit eines jeden moralischen Fehl gekommen, sicher auch geistig nicht mehr normalen Menschen anzusehen.

Eine Einigung in der Oberhausfrage? Nach einem Telegramm aus London haben der Premierminister Asquith und der Vordanke nachmittags eine Besprechung mit dem Führer der Opposition Balfour und Lord Lansdowne im Privatzimmer des Premierministers im Unterhaus abgehalten. Die Press Association teilt mit, daß man sich auf eine förmliche Konferenz zwischen den Vertretern beider Parteien über die Konstitutionelle Krise geeinigt hat. Die erste Sitzung soll in der nächsten Woche abgehalten werden.

Das russische Kriegsbudget. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die russische Regierung hat am 17. Juni begonnen, die Verhandlung über das Kriegsbudget, das von dem Kriegsausschuß auf 9785 714 Rubl festgelegt worden ist, während die Regierung 14 071 435 Rubl verlangt. Der Kriegsminister begründete die geforderten Kredite und erklärte, die Türkei müsse ihre Erklärung als fünfte Weltmacht in Europa wegen ihrer geographischen Lage und ihrer inneren Verhältnisse, sowie wegen der Fortschritte der Kriegskonventionen der Balkanstaaten beibehalten. Der Minister brachte einen außerordentlichen Kriegsetat von 4 800 000 Rubl ein, die auf zwei Jahre verteilt werden sollen und hauptsächlich für die Anschaffung von 66 000 Gewehren, 100 Feld- und 60 Berggeschützen, des weiteren für Feldgeschütze, für die Ueberschneidung der Verteidigungswerte in Adrianopel, Kretzschke, Smolits, Jemna usw. bestimmt sind.

Neue amerikanische Bundesstaaten. Wie aus Washington berichtet wird, hat der amerikanische Senat gestern die Gesetzentwürfe angenommen, die die Territorien von Arizona und Neu-Mexiko als Staaten anerkennt.

## Das Hochwasser.

Ueber die Verheerungen durch das Hochwasser liegen heute folgende Meldungen vor:

Augsburg, 17. Juni. In der vergangenen Nacht erreichte die Ueberschwemmung des Lech den Höhepunkt. Die bei Augsburg gelegene kleine Dittstorf Hochablass hat durch das Wasser fast gelitten. Minister v. Weizsäcker ist heute früh hier zur Besichtigung des Ueberschwemmungsgebietes eingetroffen. Von der auf dem rechten Ufer befindlichen Häuserkolonie sind bereits zwei Häuser eingestürzt. Die Beschränkung bei Gersthofen ist zum Teil zerstört.

Schiffsticht, 17. Juni. Aus Diebolsheden und Rheinau wird der Bruch des Dueschmanns gemeldet. Die Ueberschwemmung der beständigen Ertriedrigen Rheinau, die Diebolsheden bedroht ist. Die Marcksheimer Brücke war im Laufe des vergangenen Tages durch angeschwemmtes Holz gefährdet. Es wurde bemerkt, daß unter der Brücke zwei Zeichen hinastanden. Bei Diebolsheden und Rheinau hat der Rhein überaus schnell Wald und Feld abgeräumt; bei Diebolsheden steht er im sogenannten Kiebelholz, einem fruchtbarsten Aderland, 1 1/2 Meter hoch, ebenso bei Woyfing und Schönau. Die Felder der ganzen Umgegend sind in Gefahr, und die Aufschwemmung nach Rheinau, Schönau und Diebolsheden sind völlig unpassierbar.

Romans, 17. Juni. Während der Obersee in der Nacht nur vier Zentimeter Steig, macht der Reitersee in Romans rapidi. Nahzu familiäre Ueberschwemmungen sind abberichtet.

## Der Allensteiner Mord.

Frau v. Schönebeck-Weber vor den Geschworenen.

Amten, 17. Juni.

(Telegraphischer Bericht.)

Zehnter Verhandlungstag.

Die Sitzung wird heute um 8 1/2 Uhr begonnen. Nach Eröffnung der Sitzung durch Geheimen Justizrat Landgerichtsdirektor Wölfe erbetet sich der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Bahm das Wort zu folgenden Ausführungen: Frau Weber ist gefasst worden, als sie einen sehr schweren Unfall gehabt. Der Sachverständige Herr Dr. Strauch aus Berlin, der in demselben Hotel wohnt und zur Hilfe gerufen wurde, hat ihr Beistand geleistet. Es würde für die Herren Sachverständigen von Interesse sein, von ihm zu hören, wie sich die Sache abgepielt hat. — Vorl.: Wie ist gefasst worden, daß sie noch einen zweiten Unfall im Wagen gehabt hat. — Vert. Rechtsanwalt Bahm: Nein, das ist nicht richtig. Sachverständiger Privatdozent Dr. Strauch-Berlin: Ich würde gestern nachmittags gegen 1/2 Uhr zu Frau Weber gerufen. Ich hörte schon über den Kopf des Votiers laute gellende Schreie. Frau Weber war noch im Badezimmer und sie hatte einen schweren hysterischen Anfall. Es zeigte sich Spannung der Muskeln und Zuckungen. Der Kopf war nach hinten übergebeugt, die Augen geschlossen. Sie hatte sich in die Schulter und in die linke Hand geworfen. Man sieht noch heute Gelenkverwundungen und an der Schulter blutunterlaufene Stellen. Das Bewußtsein schien ertrübt zu sein. Als ich gefast wurde, daß ich da sei, reagierte sie nicht darauf. Der Unfall zeigte 120. Der Unfall hörte nach 10 bis 12 Minuten auf, aber sie war dann apathisch und lagte über Armbelien in den Armen und eingeschlossene Hände. Der Mann Weber jagte mit, die Witsch des Anfalles ist in einer

## vorausgegangen kleinen Differenz

oder in einem kleinen Wortwechsel zu suchen. — Erster Staatsanwalt Schweiger: Ich hatte großen Wert darauf gelegt, daß man den Kreisarzt Medizinalrat Dr. Oberhardt zugezogen hätte. — Vert. Rechtsanwalt Bahm: Ich möchte bemerken, daß Dr. Strauch Holzgerath in Berlin ist. — Vorl.: An der Verhandlungsfähigkeit der Frau Angeklagten ist doch kein Zweifel! — Die Angeklagte erklärt meidend: Ich fühle mich verhandlungsfähig. — Vorl.: Wie wollen jetzt in der Vernehmung fortfahren. — Staatsanwalt Dr. Wagemann: Der Zeuge soll Auskunft geben, wann Hauptmann v. Göben zu Weihnachten 1907 Urlaub erbeten hat. Der Zeuge bekundet, daß aus dem Akten hervorgeht, daß Hauptmann v. Göben vor Weihnachten einen Urlaub nicht erbeten hatte. Zeugen hat er am 10. Dezember einen Urlaub für die Zeit vom 13. bis zum 15. Dezember nach Königsberg erhalten. Den letzten Urlaub hatte er beim Regimentskommandeur Oberst v. Normann am 17. Dezember, also nach der Zeit, mündlich beantragt. Oberst v. Normann habe ihm seinen Urlaub mitgeteilt, daß er keine Genehmigung erteilt hat, weil er doch der vorherige Antrag der Division mitteilen mußte. Die Division gab an demselben Tage den Befehl, daß von der Beurteilung Urlaub genommen werden müsse, da die Genehmigung Göbens noch zu erwarten sei. — Vorl.: Es war ja Hauptmann v. Göben auch an diesem Tage schon mitgeteilt worden, daß er sich zur Vernehmung in seiner Wohnung bereit halten solle. Hat er während aber daß Ziel dieses Urlaubs gemeldet? — Zeuge: Nein.

Genauf wird die gefast erfolgte des Schmittsfall der Angeklagten abgefragte Vernehmung des Oberleutnants Zupfegier aus Adrianopel fortgesetzt. Der Zeuge führt aus: Nachdem Hauptmann v. Göben dieses Gefandnis aus drückte, Arminialkommissar Wamnowski, Kriegsgerichtsrat Gombard und mir, am 31. Dezember gemacht hatte, hatten wir alle drei die Uebersetzung, daß er in der Aufregung, in der er sich befand, nur die Wahrheit gesagt habe, und daß die Frau unter allen Umständen zugehen wollte. Ihre Namen übergeben, Erzengel Scotti zu bitten, die Göben alle Schuld auf sich genommen hatte, von einer Verhaftung der Frau v. Schönebeck Abstand zu nehmen. Wir gingen dabei von der Erwägung aus, daß

ein Einverständnis in der Armee vermieden werden müsse, durch den eine Menge Gefährten vernichtet worden wären und durch den sehr tüchtige Offiziere der Armee verloren gegangen wären. Erzengel Scotti sagte zu. Ich erinnere mich noch, daß es die Unterredung mit folgenden Worten an Arminialkommissar Wamnowski schloß: Führen Sie ruhig nach Berlin, halten Sie Erzengel v. einem Vorzug. Im einen Einverständnis zu vermeiden, soll Frau v. Schönebeck nicht verhaftet werden. — Vorl.: Darauf hatte er doch gar keinen Einfluß. Hierfür konnten doch nur die Zivilbehörden mitbestimmen. — Zeuge: Natürlich. Er sollte nur seinen Einfluß geltend machen, soweit es möglich ist. — Erster Staatsanwalt Schweiger: Ich stelle fest, daß Erzengel Scotti uns sofort von dem Verdacht in Kenntnis setzte.

Vert. Rechtsanwalt Bahm: Wir haben von der beabsichtigten Redung von Erzengel Scotti bisher abgesehen, aber da die Staatsanwaltschaft auf solche Behauptungen zurückkommt, werden wir auf die Redung bestehen bleiben müssen. Erster Staatsanwalt Schweiger: Kriegsgerichtsrat Gombard wird zu darüber Mitteilung machen können. — Vert. Justizrat Sello: Darauf kommen wir wohl noch nach der Vernehmung des Herrn Kriegsgerichtsrat Gombard zurück. Ich möchte noch eine Frage an den Zeugen richten. Herr Oberst, bei einer der Unterredungen hat Hauptmann v. Göben zu Ihnen gesagt: Ich kann nicht sprechen, wenn die Frau nicht vorher spricht. Wie haben Sie das ausgelegt angesichts der späteren Angaben Göbens? — Zeuge: Ich habe es nur auf den Befehl Göbens mit Frau v. Schönebeck besprochen. — Vert. Justizrat Sello: Meinen Sie, daß diese Worte Bezug hatten auf die Zeit? — Zeuge: Nein, meiner Ansicht nach hat Göben nur von ferneren Beziehungen gesprochen, nicht eine Zitterstich im Auge gehabt. Staatsanwalt Schweiger: Herr Oberst, Sie haben immer nur fernere Beziehungen angedeutet, aber Sie haben ausdrücklich gesagt: Sie sind der Mörder. — Zeuge: Ich glaube, nur von einem Täter gesprochen zu haben. Aber bei dieser Bemerkung hatte Göben nur fernere Beziehungen im Auge. — Vert. Justizrat Sello: Sie werden also dabei bestehen, daß Göben nur fernere Beziehungen zu Frau v. Schönebeck im Auge hatte, die er nur offenbaren wollte, wenn die Frau vorher gesprochen hat. — Vorl.: Ich möchte die Frage dahin präzisieren, ob das die Auffassung des Zeugen war. — Zeuge: Ich kann nur sagen, daß ich die Auffassung hatte, daß Göben nur an